

---

## **V-4**

Antragsteller\*innen: Landesarbeitsgemeinschaft Queer

Gegenstand: TOP 10: Verschiedenes

---

# **FÜR ECHTE AKZEPTANZ UND GLEICHBERECHTIGUNG – 50 JAHRE STONEWALL INN UNRUHEN**

1 Am 28. Juni 1969 um 1:20 Uhr begann in der Szene-Bar „Stonewall Inn“ in der Christopher  
2 Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village unter einem Vorwand eine Polizeirazzia.

3 Zur Beerdigung der Ikone der queeren Community Judy Garland am Vortag waren viele  
4 ihrer Fans in der Stadt, die dann am Abend in die Szene-Bars in Greenwich Village gingen,  
5 und auch das Stonewall Inn war entsprechend gut besucht.

6 Razzien in Szene-Bars liefen damals mit einer Reihe herabwürdigender und massiv diskri-  
7 minierender Überprüfungen der Besucher\*innen ab. Crossdresser, Drag-Queens und Trans\*  
8 Frauen wurden gezwungen, Polizeibeamt\*innen ihre Geschlechtsorgane zu zeigen. An die-  
9 sem Abend widersetzten sich die Verhafteten, auch mit Mitteln der Gewalt, dagegen, ab-  
10 geführt zu werden und schließlich musste sich die Polizei zurückziehen. In den folgenden  
11 Tagen kam es rund um die Christopher Street zu teilweise gewaltsamen Protesten.

12 In den Folgejahren organisierten sich Aktivist\*innen, um für die Rechte queerer Menschen  
13 zu kämpfen. Seit 1970 finden Gay Prides in den USA statt. Seit 1978 (Zürich) gibt es Chris-  
14 topher Street Paraden (CSD-Paraden) auch in Europa, seit 1979 (Berlin, Köln und Bremen)  
15 auch in Deutschland.

## **Gemeinsam gegen Diskriminierung**

17 1969 waren es vor allem Menschen, die vielfache gesellschaftliche Diskriminierungen,  
18 aber auch Diskriminierungen innerhalb der Community erfahren haben, die sich gewehrt  
19 haben. Sei es, weil sie keinem heteronormativen Lebensentwurf folgten, weil sie Peo-  
20 ple of Color waren, weil sie Gewalterfahrungen gemacht hatten, obdachlos oder Sex-  
21 Worker\*innen waren. Das waren vor allem die Menschen, die sich organisierten und für  
22 ihre Rechte kämpften. Ikonen der Stonewall-Proteste & LGBTIQ\*-Bewegung, wie zum Bei-  
23 spiel die Drag-Queens & frühen Trans\*- Aktivistinnen Marsha P. Johnson und Sylvia Ray

24 Rivera, waren People of Color, lebten abseits des Mainstreams und stammten nicht aus  
25 der weißen Mittelschicht.

26 Auch heute erfahren queere Menschen Diskriminierungen. Und auch heute sind davon  
27 vor allem Menschen betroffen, die in sozial prekären Verhältnissen leben, die nicht weiß  
28 sind, deren Geschlecht bei der Geburt aufgrund körperlicher Merkmale falsch zugewiesen  
29 wurde oder Menschen, die einem Fetisch folgen, die freiwillig oder unter Zwang als Sex-  
30 Worker\*innen arbeiten.

31 Seit dem Bestehen der modernen Antidiskriminierungsbewegung von queeren Menschen  
32 erleben wir Abgrenzungsbemühungen innerhalb der Queer-Community. Zum Beispiel  
33 grenzen sich Schwule von Lesben ab, Bi-Personen von Poliamoren und Poliromantischen,  
34 Trans-, inter- und nicht-binären Personen von queeren CIS-Personen und Menschen mit  
35 weiteren Diskriminierungsrisiken organisieren sich abseits des Mainstreams.

36 Die Abgrenzung voneinander verspricht vermeintlich eine bessere Ausgangsposition im  
37 jeweiligen Kampf. Unsere Chance liegt aber in der Überwindung der Abwertung aufgrund  
38 sozialer Klasse und der Überwindung der patriarchalen Strukturen, die uns entweder Rol-  
39 len zuschreiben oder unsere Lebensentwürfe sanktionieren.

40 So sind etwa Frauen nicht die gebärfähigen Objekte in männlichen Machtstrukturen,  
41 Schwule nicht die kaufstarken Kreativen in einer postmodernen Gesellschaft, Trans-, Inter-  
42 und nicht-binäre Personen nicht die akzeptierten Exoten und People of Color nicht die bun-  
43 ten Feigenblätter einer vermeintlich offenen Gesellschaft. Uns eint, dass wir dazu instru-  
44 mentalisiert werden, eine immer noch heteronormativ und männlich dominierte Gesell-  
45 schaft in das Gewand einer vermeintlich offenen und vielfältigen Gesellschaft zu hüllen.

46 Frauen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit geringem oder keinem eigenen Ein-  
47 kommen, Menschen mit Migrationshintergrund und queere Menschen – so unterschied-  
48 lich die Diskriminierungen sind, so unterschiedlich die Ziele einzelner Bewegungen sind,  
49 so sehr eint uns unser Kampf gegen gesellschaftliche Unterdrückung und Diskriminierung.  
50 Die Erfahrungen zeigen: eine Diskriminierungsform kommt selten allein. Unter besonders  
51 marginalisierten Gruppen finden sich häufig Menschen, die mehreren der oben genannten  
52 Gruppen gleichzeitig angehören. Patriarchale Denkmuster, Ableism, Fremdenfeindlichkeit,  
53 Hetero- und CIS-Normativität führen dazu, dass Frauen jenseits von Frauengruppen unter-  
54 repräsentiert sind, Menschen mit Behinderungen jenseits der Behindertenverbände nicht  
55 beachtet werden und Menschen mit Migrationshintergrund und queere Menschen in Ver-  
56 bänden, die sich nicht primär mit ihrer Identität beschäftigen, ausgegrenzt werden.

57 Wir wollen das ändern und mehr zusammendenken. Wir wollen Diskriminierung als Quer-  
58 schnittsthema angehen, denn meist finden sich unter den Gründen für Diskriminierungen  
59 aller oben genannter Gruppen viele Schnittmengen. Wir wollen unsere Anliegen daher  
60 nicht gegeneinander ausspielen lassen. Gemeinsam sind wir stark gegen den gesellschaft-  
61 lichen Backlash und jede Form von Diskriminierung.

62 Die Ehe für alle stellt einen Meilenstein in der Gleichberechtigung von homosexuellen  
63 Menschen dar. Wir müssen aber gleichzeitig feststellen, dass diese Gleichberechtigung  
64 bei weitem noch nicht die Menschen erreicht hat, die queer sind und weitere Diskriminie-  
65 rungsgründe auf sich vereinen.

- 66 • Wir alle fordern, dass unsere individuellen Lebensentwürfe respektiert und akzep-  
67 tiert werden und wir auf dieser Grundlage gemeinsam und gleichberechtigt die Re-  
68 geln für unser Zusammenleben definieren.
- 69 • Wir fordern gemeinsam einen gleichberechtigten Diskurs über die Ausgestaltung  
70 unseres Zusammenlebens, getragen von dem Ziel, Diskriminierungen zu beseitigen  
71 und Gleichberechtigung und Vielfalt zu leben.
- 72 • Wir sind die Partei, in der sich queere Menschen organisieren, um für ihre Rechte  
73 politisch aktiv zu werden. Wir sind die Partei, die an der Seite mehrfach diskriminier-  
74 ter Menschen für eine echte und vollständige Akzeptanz und Gleichberechtigung  
75 kämpfen. Wir sind es, die konsequent Diskriminierungen in der Gesellschaft und in  
76 unseren Gesetzen aufzeigen und für deren Beseitigung eintreten.

## 77 **Gegen die Diskriminierung von Trans-, Inter- und nicht-binären** 78 **Personen**

79 Die Debatte um die dritte Option hat es gezeigt: wir sind weit davon entfernt, geschlecht-  
80 liche Vielfalt als bereichernde Realität anzuerkennen. Mehrheitlich ist es das bipolare Ge-  
81 schlechterbild, das das Denken bestimmt.

82 Menschen, die eine ärztlichen Nachweis beibringen können, haben nun die Möglichkeit,  
83 ihr Geschlecht als „divers“ zu eintragen zu lassen. Das ist ein wichtiger Schritt und stellt  
84 doch eine Diskriminierung dar: das ärztliche Attest impliziert eine krankhafte Abweichung  
85 von der Norm. Während CIS-Menschen selbstverständlich ihr Geschlecht als Option im  
86 Personenstandsrecht wiederfinden, bleibt die Option „divers“ ein Sammelbecken für alle  
87 anderen und erkennt die geschlechtliche Vielfalt nur sehr eingeschränkt an.

88 Auch heute ist es traurige Realität, dass Intersexuelle schon als Säuglinge körperverletzen-  
89 den, „geschlechtsanpassenden Operationen“ unterzogen werden, wenn ihr biologisches  
90 Geschlecht nicht dem bipolaren Geschlechterbild entspricht. Obwohl ärztliche Leitlinien  
91 auf die negativen Folgen hinweisen und Betroffene lebenslang psychisch darunter leiden,  
92 ist die Zahl derartiger Zwangseingriffe nicht rückläufig. Ein entsprechendes Verbot schei-  
93 tert aber weiterhin an der Blockade im Bundestag.

94 Menschen, die ihr bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht berichtigen möchten, können  
95 diese Entscheidung nicht frei treffen. Vielmehr werden sie einem Verfahren unterworfen,  
96 in dem es darum geht, ihren Wunsch einem Diagnoseschlüssel zuzuordnen. Dass der ICD  
97 in seiner letzten Version Transsexualität nicht mehr als Krankheit, sondern als Variante  
98 der Persönlichkeitsentwicklung einordnet, begrüßen wir. Die Zuordnung zu einer Nummer  
99 in der International Classification of Diseases trägt aber schon strukturell das Bild von  
100 „krank“ in sich.

101 Geschlechtliche Vielfalt ist bereichernde Realität. Die Einengung auf ein bipolares Ge-  
102 schlechterbild diskriminiert Trans-, Inter-, und nicht-binäre Personen. Die Hartnäckigkeit,  
103 mit der diskriminierende Regelungen und Verordnungen verteidigt werden, zeigt uns, wie  
104 tief tradierte Geschlechterbilder in der Gesellschaft verwurzelt sind.

- 105 • Wir fordern deswegen die konsequente und flächendeckende Unterstützung der Auf-  
106 klärungsarbeit, die in den Schulen ansetzt. Das Wissen um die geschlechtliche Viel-  
107 falt und deren gesellschaftliche Konstruktion ist der Schlüssel, um die Diskriminie-  
108 rung von Trans-, Inter- und nicht-binären Personen zu beseitigen.
- 109 • Wir fordern, dass Trans-Personen selbstbestimmt, eigenverantwortlich und selbstbe-  
110 wusst in ihre Transition gehen können. Das schließt ein, dass vom Verfahren Betrof-  
111 fene ihre medizinische Begleitung frei wählen können. Dazu fordern wir Fachstellen,  
112 die Leitlinien zur medizinischen Begleitung erarbeiten. Anhand dieser Leitlinien sol-  
113 len Ärzt\*innen ihre Fachqualifikation zur Begleitung von Trans-Personen nachwei-  
114 sen. Darüber hinaus fordern wir die trans-spezifische Gesundheitsversorgung sozi-  
115 alrechtlich abzusichern.
- 116 • Wir fordern, dass alle medizinischen Behandlungen, die fremdbestimmt mit dem  
117 Ziel durchgeführt werden, Menschen ein Geschlecht zuzuweisen, gesetzlich verbo-  
118 ten und deren Durchführung sanktioniert wird. Explizit fordern wir zudem die Ärz-  
119 teschaft auf, für berufsständische Regeln zu sorgen.
- 120 • Wir fordern, dass die Änderung des Personenstands und des Vornamens kostenlos,  
121 frei und selbstbestimmt möglich ist und dass Gesetzestexte und Verordnungen auf  
122 Landes- und Bundesebene das nicht-binäre Geschlechtermodell abbilden und inklu-  
123 sive Formulierungen verwenden.
- 124 • Wir fordern, die Verfolgungsgeschichte von Trans\*-Personen in Deutschland aufzuar-  
125 beiten und Betroffene angemessen für die erlittenen Menschenrechtsverletzungen  
126 zu entschädigen.

## 127 **Den Kampf für Akzeptanz und Gleichberechtigung weiterfüh-** 128 **ren**

### 129 **Ehe für Alle vollenden**

130 In der gesetzlichen und verwaltungstechnischen Ausgestaltung der Errungenschaften der  
131 letzten Jahre sehen wir weiterhin großen Handlungsbedarf. Die Ehe für Alle gibt gleichge-  
132 schlechtlichen Paaren zwar die Möglichkeit, frei zu entscheiden, ob sie heiraten möchten  
133 oder nicht. In der Behandlung gleichgeschlechtlicher Ehepaare bei der Gründung von Fa-  
134 milien sehen wir weiterhin großen Handlungsbedarf, etwa bei der Stiefkind-Adoption.

135 Elternschaft ist derzeit nur auf CIS-Personen und heteronormative Lebensweisen ausge-  
136 legt. So steht beispielsweise im Gesetz „Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren  
137 hat“ (BGB §1591). Daraus ergeben sich erhebliche Probleme im Bereich der Elternschaft  
138 von Trans\*-Personen, da sie in der Geburtsurkunde unter Personenständen und gegeb-  
139 enfalls Vornamen angeführt werden, die ihrer restlichen Lebensrealität und ihrem ge-  
140 setzlichen Personenstand, etwa nach einer entsprechenden Anpassung und Vornamens-  
141 änderung, nicht entsprechen. Das führt für Trans\*-Eltern und ihre Kinder zu alltäglichen  
142 Ärgernissen sowie Zwangs-Outings, etwa bei Besuchen von Ärzt\*innen und öffentlichen  
143 Institutionen.

- 144 • Wir fordern, dass Kinder, die in Regenbogenfamilien geboren werden, genauso als  
145 ehelich anerkannt werden, wie es bei gemischtgeschlechtlichen Familien geschieht.  
146 Die gesetzliche Bedeutung der Ehe beruht vor allem darauf, dass sie die Keimzel-  
147 le der eigentlich schützenswerten Familie ist. Erst, wenn Regenbogenfamilien und  
148 gleichgeschlechtliche Ehepaare darin gesetzlich vollständig gleichgestellt sind, ist  
149 das Ziel der Ehe für Alle wirklich erreicht.
- 150 • Wir fordern, dass in der Geburtsurkunde des Kindes und in Gesetzestexten nicht  
151 „Mutter“ und „Vater“ eingetragen wird, sondern geschlechtsneutrale Formulierungen  
152 zur Regelung der Elternschaft genutzt werden, bei denen Trans\*-Eltern, Regenbogen-  
153 und Patchworkfamilien berücksichtigt werden.
- 154 • In einem weiteren Schritt wollen wir Mehrelternkonstellationen wie Regenbogen-  
155 oder Patchwork-Familien rechtlich absichern.

## 156 Den Kampf gegen HIV wieder in den Fokus rücken

157 Auch wenn es dank medizinischer und pharmazeutischer Entwicklungen deutliche Fort-  
158 schritte beim Kampf gegen HIV und AIDS gibt, sind die jährlichen Neuinfektionen weiterhin  
159 Besorgnis erregend. Wir verstehen es als Aufgabe queerer Politik, für gute Aufklärung zu  
160 sorgen, medizinische Entwicklung auf dem Gebiet von Prävention und Medikation zu un-  
161 terstützen und vor allem für ein gesellschaftliches Klima zu arbeiten, in dem HIV-Positive  
162 und AIDS-Erkrankte ohne Diskriminierung leben können.

- 163 • Wir fordern, dass die Anstrengungen und Mittel zur Aufklärung langfristig gesichert  
164 werden.
- 165 • Die Möglichkeit, Neuinfektionen mit der Präexpositionsprophylaxe (PrEP) zu vermei-  
166 den, stellen eine wichtige Chance zur Eindämmung von HIV dar. Wir fordern, Phar-  
167 maunternehmen zu motivieren, kostengünstige Varianten der PrEP mit Generika zur  
168 Verfügung zu stellen und wir fordern die Kostenübernahme durch die Sozialversiche-  
169 rungen. Der Schutz vor einer HIV-Infektion darf nicht am persönlichen Geldbeutel  
170 scheitern.

## 171 Arbeit für Menschen braucht gute Rahmenbedingungen

172 Die Unterstützungs-, Beratungs- und Selbsthilfeangebote für und in der LGBTIQ\*-  
173 Community sind vielfältig, bunt und zahlreich. Gerade in den Großstädten in NRW. Sie  
174 sind oft gekennzeichnet durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement und Einsatz auch  
175 über die Community-Grenzen hinaus. Beispielhaft sind die AIDS-Hilfe, Schlau.NRW und die  
176 vielen CSD-Vereine in NRW zu nennen. Aber auch in den ländlichen Raum kommt Bewe-  
177 gung. Unter großem Engagement ehrenamtlich arbeitender Menschen entstehen queere  
178 Jugendzentren und Initiativen, oft in Kooperation mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel  
179 AWO und CVJM.

180 Die AIDS-Hilfe unterstützt mit ihren dezentralen Strukturen seit mehr als drei Jahrzehnten  
181 Menschen jeglicher sexueller und geschlechtlicher Ausrichtung darin, mit einer chroni-  
182 schen Krankheit gut leben zu können. Nicht zuletzt durch den unermüdlichen Einsatz der  
183 AIDS-Hilfe werden Menschen mit HIV weniger stigmatisiert – auch wenn immer noch in  
184 und außerhalb der LGBTIQ\*-Community HIV-Positive von Ausgrenzung bedroht sind. Mit  
185 ihren Beratungsangeboten helfen sie auch jenen Menschen, die oft mehrfach Hilfe benö-  
186 tigen, wie Geflüchteten, Drogenkonsument\*innen und Häftlingen.

187 Organisationen wie Schlaun.NRW klären über die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt auf  
188 und fördern dabei Akzeptanz und ein friedvolles Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir  
189 GRÜNE stehen für die Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützen diese nicht nur mit Worten.

- 190 • Wir fordern, dass die Beratungsangebote weiterhin eine stabile Finanzierung aus  
191 öffentlichen Mitteln erhalten und sich die Finanzierung kontinuierlich weiterent-  
192 wickelt. Für uns heißt das auch, dass Mitarbeiter\*innen in Selbsthilfeeinrichtungen  
193 und Verbänden Anspruch auf eine TV-L ähnliche Eingruppierung haben und das Land  
194 NRW dafür auch finanziell Sorge trägt.
- 195 • Wir fordern, dass dort, wo es noch keine Beratungsangebote gibt, welche geschaffen  
196 und finanziell ausgestattet werden. Gerade im ländlichen Raum fehlt es oft an nahen  
197 Einrichtungen.

## 198 Konversionstherapien sind Körperverletzung

199 In unserer vermeintlich offenen und aufgeklärten Gesellschaft werden immer noch Men-  
200 schen von selbsternannten Therapeut\*innen mit dem Ziel behandelt, ihre Homo-, Bisexua-  
201 lität oder Trans-Identität zu heilen. Das ist Scharlatanerie und hat mit psychischer Thera-  
202 pie nichts zu tun. Romantische und sexuelle Orientierung sowie Geschlechtsidentität sind  
203 keine Krankheit und demnach nicht therapierbar. Menschen leiden nach einer derartigen  
204 Behandlung oft lebenslang unter schweren psychischen und sozialen Problemen.

- 205 • Wir fordern, dass Konversionstherapien als Körperverletzung verfolgt und bestraft  
206 werden. Darüber hinaus müssen Therapeut\*innen, die Konversionstherapien durch-  
207 führen, berufsständisch sanktioniert werden und vor allem muss ihnen ihre Aner-  
208 kennung dauerhaft entzogen bekommen.

## 209 Liebe verdient Sicherheit

210 Insbesondere im Verhältnis zur Polizei hat sich die gesellschaftliche Stellung von LGBTIQ\*  
211 in den Jahren seit den Unruhen am Stonewall Inn grundlegend geändert. Aber Trans-, Inter-  
212 und non-binäre Menschen und Homosexuelle lebten zu lange in einer düsteren Illegalität.  
213 Sie waren erpressbar und sahen sich einer oft feindseligen Gesellschaft gegenüber, deren  
214 erste Linie zur Verteidigung der Sitten die Polizei war. Sogenannte „Rosa Listen“ mit den  
215 Namen von Schwulen wurden flächendeckend durch die Polizei geführt.

216 Heute sind Gesetze geändert worden, die schon bei der Entstehung gegen die universa-  
217 len Menschenrechte standen. Es ist Auftrag aller staatlichen Gewalt, auch die Rechte der

218 LGBTIQ\* zu verteidigen. Dieser Auftrag schließt die Polizei mit ein. Immer noch zeigen  
219 Betroffene von homo- und transphoben Übergriffen oder Beleidigungen diese nicht an.  
220 Zu groß ist die Angst, durch die Anzeige öffentlich bloßgestellt zu werden. Betroffene  
221 fürchten vorurteilsbehaftete Reaktionen durch die Polizei.

222 Die Polizei ist ein Spiegel der Gesellschaft. Auch in ihr gibt es problematische Positio-  
223 nen. So haben queere Polizist\*innen selbst oft mit Ablehnung durch Kamerad\*innen zu  
224 kämpfen. Wir erwarten von den Träger\*innen des staatlichen Gewaltmonopols mehr. Alle  
225 Menschen verdienen den gleichen Schutz. Den zu gewährleisten, ist nicht zuletzt politi-  
226 scher Auftrag.

- 227 • Wir fordern vom Innenministerium ein umfassendes und wirksames Konzept zur Be-  
228 kämpfung von Hasskriminalität.
- 229 • Wir fordern das Innenministerium auf, eine Studie zu queer-feindlichen Positionen  
230 innerhalb der Polizei in Auftrag zu geben. Deren Ergebnis soll die wissenschaftliche  
231 Grundlage sein für die konzeptionelle Arbeit zur Verbesserung der Situation inner-  
232 halb der Polizei.
- 233 • Wir fordern in jedem Polizeipräsidium die Einrichtung fachlich qualifizierter und lo-  
234 kal verankerter Kontaktstellen für LGBTIQ\*, die Opfer von Hasskriminalität und Ge-  
235 walt sind. So wollen wir Schwellen abbauen und die Strafverfolgung optimieren.  
236 Polizist\*innen müssen für die Arbeit in den Kontaktstellen freigestellt werden.

## 237 **Verfolgte LGBTIQ\* verdienen Schutz**

238 Wir wissen, dass in vielen Ländern ein queeres Outing Ausgrenzung, offene Diskriminie-  
239 rung und teilweise Kriminalisierung bedeutet. Mit Brunei müssen wir seit diesem Jahr ei-  
240 nen weiteren Staat zur Liste der Staaten hinzufügen, in denen homosexuellen Menschen  
241 die Todesstrafe droht. Die Verfolgung von queeren Menschen ist ein Asylgrund.

- 242 • Wir fordern vor dem Hintergrund der Verfolgungen und Diskriminierungen, dass kei-  
243 ne Staaten als sichere Herkunftsstaaten ausgewiesen werden, in denen gesetzliche  
244 oder gesellschaftliche Diskriminierungen von queeren Menschen bestehen.
- 245 • Wir fordern die Regierenden auf allen Ebenen auf, sicherzustellen, dass jeder  
246 Mensch, der Asyl beantragt, die faire Möglichkeit hat, seine persönliche Asylgrün-  
247 de darzulegen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **Antragsteller\*innen**

Landesarbeitsgemeinschaft Queer